



**Bettina Hagedorn**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

✉ (030) 227 – 76 920

✉ [bettina.hagedorn@bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

10.11.2022

**Hagedorn: Bergungsplattform für Munitionsaltlasten in der Ostsee kann beschafft werden - Haushaltsausschuss beschließt weitere 36,4 Millionen Euro!**

*(In der Anlage finden Sie drei Fotos zu Ihrer freien Verfügung)*

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn aus Ostholstein, die seit über 20 Jahren dem Haushaltsausschuss des Bundestages angehört und seit 2021 dessen stellv. Ausschussvorsitzende ist, jubelt angesichts der Tatsache, dass der Haushaltsausschuss in seiner heutigen Bereinigungssitzung den bisherigen, unzureichenden Haushaltsansatz im Regierungsentwurf für 2023 für die Bergung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee im Etat des Umweltministeriums endlich auf den erforderlichen Umfang von insgesamt gut 102 Mio. Euro erhöht hat:

**„Dass im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2023 Anfang Juli nur 22 Millionen Euro für 2023 und zusätzlich knapp 36 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2024 bis 2026 im Etat von Umweltministerin Steffi Lemke für die Bergung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee eingeplant waren, hat seitdem insbesondere an den Küsten im Norden verständlicherweise für mächtig Wirbel gesorgt. Als Ich mit meinem für das Umweltministerium im Haushaltsausschuss zuständigen Kollegen Michael Thews am 17. August namhafte Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und den Umweltschutzorganisationen nach Haffkrug unter dem Motto ‚SOS für die Ostsee‘ eingeladen hatte,**

**folgten über 130 interessierte Einheimische und Gäste meiner Einladung in das ‚Haffhuus‘ sowie Vertreter\*innen aller relevanten Verbände von Tourismus bis Fischerei ebenso wie alle Bürgermeister\*innen der Küstenorte, um ihre Betroffenheit und Sorge deutlich zu demonstrieren. Gemeinsam war es allen klar, dass nur eine Sicherstellung von mindestens 100 Mio. Euro für 2023 bis 2026 im Bundeshaushalt ausreichen würde, um die so dringend erforderliche Bergungsplattform als Pilotprojekt bei den Herstellern sofort in Auftrag zu geben, damit so schnell wie möglich erste Versuche der Bergung mit Robotertechnik und Verbrennung der Munitionsaltlasten auf hoher See erprobt und für den Dauerbetrieb evaluiert werden können. Ich war schon froh, als nach zähem Ringen der Haushaltsausschuss mit einem 1. Schritt am 13. Oktober auf Antrag der Koalition den Haushaltsansatz 2023 mit einem Plus von 8 Mio. Euro auf 30 Millionen Euro für 2023 im Bundeshaushalt massiv erhöht hat. Am 10. November konnte die Deckungslücke in der Bereinigungssitzung durch den Haushaltsausschuss jetzt endlich vollständig geschlossen werden, indem die Verpflichtungsermächtigungen 2024 bis 2026 verdoppelt wurden: ein Plus von 36,4 Millionen Euro auf insgesamt 72 Millionen Euro für die Folgejahre garantiert jetzt eine volle Kostendeckung für die dringend erforderliche Bergungsplattform – das ist ein riesiger Erfolg für die Umwelt, für den Meeresschutz, für die Gesundheit der Menschen an den Küsten und für alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die sich gemeinsam mit engagierten Vertretern aus der Wissenschaft und Wirtschaft sowie den Umweltverbänden für dieses Ziel eingesetzt haben!“**

Die Umweltministerin hatte Ende August in offiziellen Antworten auf kleine Anfragen und Medienberichten und im Haushaltsausschuss ihre feste Absicht bekundet, eine solche Bergungsplattform für 90 bis 100 Mio. Euro 2023 beauftragen zu wollen – allerdings hatte sie bislang in ihrem eigenen Etat nur die Hälfte von dieser Summe bereitgestellt. Im jetzigen parlamentarischen Verfahren im Haushaltsausschuss ist es gelungen, diesen Haushaltsansatz jetzt fast zu verdoppeln, so dass die Bergung der Munitionsaltlasten im Meer ohne weitere Verzögerung endlich starten kann.

**Hagedorn: „Dieses Pilotprojekt von 100 Mio. Euro wird jetzt glücklicherweise NICHT erneut auf die lange Bank geschoben. Gemeinsam mit meinem SPD-Kollegen im Haushaltsausschuss und zuständigen Umweltexperten Michael Thews habe ich mich mit ganzer Kraft dafür einsetzt, dass diese Erhöhung um 36,4 Mio. Euro an Verpflichtungsermächtigungen im Bundeshaushalt am 10. November**

**beschlossen wird, damit die Bergungsplattform endlich gebaut werden und so schnell wie möglich ihre wichtige Arbeit in der Ostsee zum Schutz vor toxischen Altlasten auf dem Meeresboden aufnehmen kann. Seit heute ist das politische Versprechen der Ampel gegenüber den Menschen an der Küste eingehalten worden. Laut Umweltministerium soll zum 30.06.22 die Ausschreibung für die mobile, schwimmende Anlage erfolgen und bis Ende des Jahres sollen entsprechende Verträge geschlossen sein. Um die Verträge für den Bau der Anlage noch 2023 schließen zu können und endlich Tempo bei der Verwirklichung des Pilotprojekts zu erreichen, sind diese Verpflichtungsermächtigungen von 72 Mio. Euro in Ergänzung zu dem Haushaltsansatz von 30 Mio. Euro für 2023 zwingend erforderlich.“**

Zum Hintergrund:

Neben der bereits stattfindenden Beräumung im Gefährdungsfall, z.B. in Schifffahrtsrouten bei Gefährdung der Sicherheit des Schiffsverkehrs, soll im Rahmen der Vorsorge in priorisierten Gebieten, z.B. bekannten Versenkungsgebieten, eine Verfahrenskette etabliert werden, die eine umweltschonende und auch ökonomisch effiziente und damit darstellbare Bergung und Vernichtung von Munition möglich macht.

Im Falle der bereits heute als bergungsfähig eingestuften Munition soll hierzu eine unbemannte Bergung mit ferngesteuerten Einheiten (ROV) erschlossen werden. Für die derzeit nicht-bergungsfähige Munition stünde mit innovativen automatisierten Roboterbergungen ein Verfahren zur Verfügung. Die schadlose Entsorgung (Verbrennung) bedarf einer mobilen, schwimmenden Anlage zur endgültigen, thermischen Vernichtung des Sprengstoffs.